

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung:
Gesellschaft 3-5 Uhr
Verleger: Hermann-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Des Bürgerblocks Ende.

Starke Linksmehrheit. — Volkspartei erledigt. — Deutschnationaler Rückgang.

Nach den letzten Zählungen, die ganz Groß-Berlin mit Ausnahme von zwei kleinen Wahlbezirken umfassen, ergab die Stadtverordnetenwahl folgendes Bild:

SPD	589 703
Deutschnati.	370 604
Deutsche Vp.	104 809
KPD	332 109
Demokraten	166 896
Wirtsch. Partei	71 062
Zentrum	61 271
USP	24 426
Deutschököliche	26 411
Deutschsoziale	25 193
Ev. Gemeinschaftsbund	1 669
Rest zerstückelt	

Die abgegebenen Stimmen verteilen sich auf die einzelnen Parteien bei der Stadtverordnetenwahl 1925 im Vergleich zur Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924:

	25. Okt. 25 in %	7. Dez. 24 in %
SPD	32,7	30,3
Deutschnati.	20,6	23,9
Deutsche Vp.	5,9	6,5
KPD	18,5	16,3
Demokraten	9,2	19,9
Wirtschaftspartei	3,9	3,4
Zentrum	3,4	3,9
USP	1,3	0,6
Deutschököliche	1,4	2,0
Deutschsoziale	1,4	1,6
Evang. Gemeinschaftsbund	0,9	—

Mandatsverteilung.

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen.

1. SPD	74
2. Deutschnati.	47
3. Deutsche Vp.	13
4. KPD	42
5. Demokraten	21
6. Wirtsch. Partei	9
7. Zentrum	7
8. USP	3
9. Deutschököliche	3
10. Deutschsoziale	3
11. Ev. Gemeinschaftsbund	2
	225

Niederlage des Bürgerblocks, entscheidender, nicht wieder einzuholender Rückgang der bürgerlichen Parteien: das ist das auffallendste Charakteristikum der gestrigen Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung. Der Rückgang links ist so eindeutig zum Ausdruck gekommen, daß in Zukunft niemand mehr daran wird zweifeln können, daß in Berlin die Arbeiterschaft ausschlaggebender politischer Faktor ist. Die Gegenüberstellung der gestrigen Wahlen mit den beiden letzten Reichstagswahlen zeigt diese Entwicklung deutlich. Bei der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 betrug der Prozentsatz der für die Arbeiterschaft abgegebenen Stimmen nur 40,9 Proz. Schon bei der Wahl am 7. Dezember stieg er trotz des Rückganges der SPD infolge des starken Anwachsens der Sozialdemokratie auf 47,2 Proz. Heute ist die Mehrheit auf Seiten der Arbeiterschaft eine so starke, daß dieser Linksruck das alles überragende Moment zur Beurteilung des gestrigen Wahlergebnisses darstellt.

Am auffälligsten äußert sich diese Entwicklung in dem Rückgang der Rechtsparteien. Am 4. Mai 1924 waren die Deutschnationalen in Groß-Berlin noch die stärkste Partei! Am 7. Dezember werden sie bereits von der Sozialdemokratie wieder weit überflügelt, und jetzt haben sie schon nicht viel mehr als die Hälfte der sozialdemokratischen Stimmen. Doch noch viel katastrophaler ist der Rückgang der Deutschen Volkspartei. Von 186 000 Stimmen im Mai 1924 gehen sie im Dezember auf 149 000 Stimmen zurück, und jetzt überschreiten sie mit Mühe und Not nur gerade 100 000 Stimmen. Sie sinken dadurch zu der Bedeutung der kleinen Splitterparteien herunter, ihre Rolle in der neuen Stadtverordnetenversammlung übernimmt die Demokratische Fraktion. Der Linksruck ist ausgesprochen auf Kosten der Rechtsparteien gegangen. Die Wählermassen, die diesen Parteien in den Jahren der Inflation zugeströmt waren, haben inzwischen erfahren, was es mit der Wirksamkeit dieser „Volksparteien“ auf sich hat. Berlin besinnt sich wieder auf sich selber. Wahlbetrug und Demagogie verlieren ihre Wirksamkeit. Die soziale Struktur der Bevölkerung kommt auch im Wahlergebnis immer mehr zum Ausdruck. Berlin wird immer eine Linksmehrheit haben, und das Bürgertum wird sich mit dieser Tatsache abfinden müssen. Geradezu grotesk wirkt nach diesem Wahlergebnis die Erinnerung daran, daß die Volkspartei noch kurz vor Loresschluß ihren famosen Herrn Beneke auf den Posten des Stadtschulrats für Groß-

Berlin erheben wollten. Die ehrgeizigen Aspirationen dieser Herrschaften sind, wie wir hoffen, ein für allemal erledigt.

Auf der anderen Seite steht eine unzweifelhafte Arbeitermajorität, deren Arbeitsunfähigkeit als geschlossene einheitliche politische Macht leider bei dem Charakter der kommunistischen Partei vorläufig noch mehr als fraglich ist. Selbstverständlich hat die Sozialdemokratie das größte Interesse daran, auch die Kommunisten zu praktischer Gemeindegearbeit heranzuziehen. Viel zu groß ist das Interesse der gesamten Arbeiterschaft an der Berliner Kommunalpolitik, als daß nicht jeder Versuch gewagt werden müßte, dieses Interesse auch politisch zur Geltung zu bringen. Trotz Ekki-Brief und anbefohlener Rechtschwendung wird aber jeder ein großes Fragezeichen hinter die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der KPD. machen. Die Erfahrung wird uns sehr bald lehren, ob wir uns wider Erwarten in ihnen getäuscht haben sollten. Die Kommunisten haben sich besser behauptet, als wie sie selber angenommen haben. Ihr Rückgang, der von der Wahl des vergangenen Jahres bis zur Dezemberwahl ein direkt katastrophaler war, ist zum Stillstand gekommen. Man kann leider kaum die Hoffnung hegen, daß diese Tatsache die Entwicklung zur Vereinigung in der KPD. fördert.

Der Sozialdemokratie ist es gewiß gelungen, ihren Stimmenanteil gegenüber der Wahl vom Dezember 1924 zu steigern. Aber diese Steigerung entspricht nicht den Erwartungen, die die Partei nach dem Verlauf des Wahlkampfes hegen durfte. Gewiß — die Sozialdemokratie ist auch in Berlin wieder auf dem Marsch. Die nationallistische Hochflut ebbt weiter ab. Aber in eine Stadt wie Berlin kann die Sozialdemokratie nicht eher mit sich zufrieden sein, bis sie die Mehrheit erobert, die ihr als die Partei der Arbeiterschaft zukommt. Die verhältnismäßige Stärke der KPD. zeigt, eine wie starke politische Erziehungsarbeit in Berlin von uns noch geleistet werden muß, ehe das Zentrum der Republik über eine zuverlässige republikanische und sozialistische Mehrheit verfügt.

Die Schwierigkeiten der neuen Parteiverhältnisse werden sich im Rathaus sehr bald zeigen. Schon die Verhandlungen über den neuen Berliner Etat werden die Probe aufs Exempel dafür sein, ob das Anwachsen der Arbeiterstimmen im Interesse der Arbeiterschaft auch wirklich ausgewertet werden kann. Die gestrige Wahl ist gewiß ein Fortschritt, aber ein ungenügender. Angespinnteste Arbeit wird geleistet werden müssen, um diesen ersten Erfolg so auszubauen, daß bei einer neuen Wahl der endgültige Sieg sicher ist.

Stadtverordnetenwahlen in Landsberg a. W.

Aufstieg der Sozialdemokratie.

Landsberg a. d. W., 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Hier erfolgten am Sonntag die Neuwahlen zum Stadtverordnetenkollegium. Das Ergebnis zeigt den Aufstieg der

Sozialdemokratie und den Rückgang der Rechtsparteien. Es erhielten an Stimmen: SPD. 6283, Gemeinschaftliche Liste der Rechtsparteien 7517, Mieter 1666, Kommunisten 925, Zentrum 576, Demokraten 764.

Das neue Stadtparlament besteht danach aus Demokraten 2 (0), Zentrum 1 (0), Sozialdemokraten 13 (9), Kommunisten 2 (1), Arbeitsgemeinschaft 16 (21), Mieter 4 (7).

Die badischen Landtagswahlen.

Allgemeiner Stimmenerlust — am größten bei den Deutschnationalen.

Karlsruhe, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das vorläufige amtliche Wahlergebnis in Baden ist folgendes:

Zentrum 263 404 (am 7. Dezember 1924: 342 698), Demokraten 66 842 (92 535), Deutsche Volkspartei 72 882 (97 719), Wirtschaftliche Vereinigung 22 858 (16 697), Aufwertungspartei 4 176 (—), Nationalsozialisten 8 896 (19 160), Sozialdemokraten 160 553 (198 593), „Rechtsblock“, d. h. Deutschnationalen und Landbund 93 727 (147 697), Kommunisten 47 304 (64 952), Deutsököliche Freiheitsbewegung 6 590 (3 405), Pächterverband 2 829. — Insgesamt abgegeben 770 041 Stimmen gegenüber 996 627 in der letzten Reichstagswahl.

An Abgeordneten sind gewählt: Zentrum 28 (34), Sozialdemokraten 16 (21), Demokraten 6 (7), Rechtsblock 9 (15), Deutsche Volkspartei 7 (5), Wirtschaftliche Vereinigung 2 (1), Kommunisten 4 (4).

Einzelergebnisse.

Karlsruhe: Zentrum 14 720 (17 864), Demokraten 6470 (8805), Deutsche Volkspartei 14 848 (18 957), Wirtschaftliche Vereinigung 2647 (2299), Aufwertungspartei 402 (283), Nationalsozialisten 1660 (2408), Sozialdemokraten 26 207 (28 555), Rechtsblock 10 456 (17 507), Kommunisten 5474 (7584), Deutsököliche 1272 (955), Pächterverband 111.

Mannheim: Zentrum 21 357 (26 156), Demokraten 9405 (13 366), Deutsche Volkspartei 17 403 (21 454), Wirtschaftliche Vereinigung 4325 (3387), Aufwertungspartei 1543 (1055), Nationalsozialisten 1600 (3490), Sozialdemokraten 38 232 (45 422), Rechtsblock 7004 (10 417), Kommunisten 14 935 (18 400), Deutsököliche 603 (44), Pächterverband 130.

Freiburg: Zentrum 19 588 (25 376), Demokraten 3356 (5789), Deutsche Volkspartei 3678 (6093), Wirtschaftliche Vereinigung 2753 (2469), Aufwertungspartei 378, Nationalsozialisten 249 (607), Sozialdemokraten 8291 (11128), Rechtsblock 4796 (7836), Kommunisten 1331 (2952), Deutsököliche 387 (128), Pächterverband 416.

Der neue Landtag tritt bald zusammen.

Nach der badischen Verfassung tritt der neu gewählte Landtag spätestens zehn Tage nach der Wahl zusammen, somit spätestens am 4. November. Eine der ersten Handlungen des Landtages ist die Wahl der Regierung.

Ministerrat über die Krise.

Reichstagswahlen in Sicht.

Heute mittag 12 Uhr begann eine Besprechung der Reichsminister. Der Reichskanzler teilte mit, daß die anwesenden Kabinettsmitglieder Schleier, Reuhaus und Schlieben ihre Demission eingereicht hätten. Daraufhin verabschiedeten sich diese drei Herren vom Kabinett. Danach trat ein Ministerrat zusammen. Man wird damit rechnen können, daß das Kabinett nicht beabsichtigt, seinen Gesamttritt zu erklären, sondern vielmehr seine Aufgabe darin sieht, die außenpolitischen Arbeiten fortzusetzen und dem Reichstag rechtzeitig vor dem 1. Dezember das Gesamtergebnis dieser Arbeit zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Der Reichskanzler wird sich nach Beendigung der Ministerkonferenz zum Reichspräsidenten begeben, um ihm Bericht zu erstatten.

Nicht viel mehr als die Hälfte der deutschnationalen Reichstagsfraktion hätte sich gestern nach Berlin bemüht, um in einer Frage, die nicht nur für die eigene Partei, sondern für das ganze Volk von außerordentlicher Bedeutung ist, ihre Entscheidung zu fällen. Die „ungefähr 60 Mitglieder“ des offiziellen Fraktionsberichts sind sicher weniger als 60. Das heißt, daß mehr als 50 deutschnationale Abgeordnete es nicht für nötig gehalten haben, nach Berlin zu kommen, um an dieser bedeutungsvollen Entscheidung mitzuwirken.

Trotzdem wird man die Lage vom Standpunkt der Rechtskoalition aus als nicht wiederherstellbar betrachten müssen. Zwar ist die deutschnationale Politik ein Feld der unbegrenzten Möglichkeiten, aber daß sich die Fraktion nach allem Vorgegangenen schließlich dennoch für Bocarno entscheiden könnte,

ist einstweilen nur eine Idee für Humoristen. Auch Herrn v. Hindenburg dürfte es nicht mehr gelingen, die Zustimmung der Deutschnationalen zu der Politik zu gewinnen, der er selber zugestimmt hat. Wo der See der nationallistischen Demagogie ruft, ist auch „der Retter“ machtlos.

Wie der Zustand außen- und innenpolitischer Verwirrung, der durch den deutschnationalen Kopfsprung herbeigeführt worden ist, wieder beendet werden soll, ist vorläufig ein ungelöstes Rätsel. Ein Trost bleibt, daß das Reich, dank der Stabilität der Regierungsverhältnisse in Preußen, schon so manche Krise überstanden hat. Man stelle sich aber vor, den wiederholten Bemühungen der Rechtsparteien wäre es gelungen, das verhasste „System Seevering“ zu beseitigen — dann allerdings wäre der Abdröck fertig!

Wie immer sich nun die Krise im Reich weiter entwickeln mag, jedenfalls ist die Auflösung des Reichstags in unmittelbare Nähe gerückt. Dem Volk wird Gelegenheit gegeben werden zu entscheiden, ob es auf der beireitenen Bahn einer Verständigung mit seinen Nachbarn verharren will oder ob es den Selbstmord durch eine illusionäre Revanchekriegspolitik vorzieht. Deutschnationalen und Kommunisten werden dann wieder in gemeinsamer Front kämpfen und gemeinsam geschlagen werden.

Sitzung des sozialdemokratischen Fraktionsvorstandes.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion tritt Mittwoch nachmittag 3 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

Die Diktatur von Moskau.

Statt der Demokratie in der Partei — schärfste persönliche Diktatur.

Die russische Exekutive der Kommunistischen Internationale in Moskau hat im Kampf gegen die frühere deutsche linke Zentralkommission der KPD, Ruth Fischer und Maslow, das Schlagwort von der Demokratie innerhalb der Partei in die kommunistischen Mitgliedschaften geworfen. Sie hat die nunmehr abgelagte Parteiführung der Ausübung einer rein persönlichen Diktatur, eines mechanischen Drucks von oben auf die Mitgliedschaften beschuldigt.

Aber das Schlagwort von der Demokratie innerhalb der Partei war nur ein Kampfmittel. Es war nicht ernst gemeint. Wer in der kommunistischen Partei geglaubt haben sollte, daß er nunmehr frei seine Meinung sagen dürfe, wird heute schon eines Besseren belehrt. Der Berliner Zentralvorstand stellt in einer am 23. Oktober angenommenen Resolution die These auf, daß die demnächst stattfindende Parteikonferenz der KPD den Abschluß der bisherigen Parteistufen bilde. Diese Parteistufen sind also schon zu Ende. Nur war sie sehr einseitig. Die russische Exekutive und ihre Kreaturen haben in endlosen Aufsätzen und Reden ihre Ansichten vertreten. Wer immer gegen sie eine andere Ansicht zu äußern wagte, wurde aufs Maul geschlagen.

In der Praxis sah die Demokratie innerhalb der Partei folgendermaßen aus:

Willkürlich zusammengesetzten Organisationskörpern wurden in Berlin die Beschlussschritte der bisherigen Organisationskörper übertragen, um eine der russischen Exekutive genehme Entscheidung durchzusetzen.

Jede Publikation der Verteidigungsrede von Ruth Fischer in Moskau wurde unterdrückt. Als die Angegriffenen im Berliner Funktionärsorgan „Der Punkt“ in mehreren Artikeln ihre Ansichten darlegten, wurde dies vorgehen mit einem Bannfluch belegt, weil nicht zugleich die Gegenargumente der Exekutive veröffentlicht wurden.

Ein einziger in der kommunistischen Partei hat den Versuch gemacht, wirklich und freimütig und politisch zu diskutieren, Reinhold Schönant. Dieser Versuch, von der angeblich gewährten Demokratie in der Partei Gebrauch zu machen, wurde von der Zentrale der kommunistischen Partei sofort mit dem Ausschluß beantwortet und Schönant als Agent einer gegnerischen Partei in den Reihen der kommunistischen Partei bezeichnet, der die theoretischen Grundlagen für die Liquidierung der kommunistischen Partei schaffen und die Partei in das Lager des Reformismus führen wolle.

In der Sitzung der Zentrale hat als einziger der Kommunisten Scholem nicht für den Ausschluß von Schönant gestimmt. Daraufhin hat der Berliner Zentralvorstand folgende Resolution gegen ihn gefaßt:

„Der Fall Schönant hat gezeigt, daß liquidatorische, rechte Gefahren bestehen. Das ZK hat auf den menschlichen Vorschlag Schönants mit dessen sofortigem Ausschluß geantwortet. Die Mitgliedschaft verurteilt aufs schärfste das schwankende Verhalten des Genossen Scholem, der gegen den Ausschluß Schönants Stellung nahm und sich bei der Abstimmung im ZK als einziger der Stimme enthielt. Dadurch bewies Genosse Scholem, daß er liquidatorische Tendenzen in der Partei buhden will.“

Es darf also selbst in den Zentralsitzungen der kommunistischen Partei nur so abgestimmt werden, wie es den Moskauer Befehlen entspricht.

Am besten beleuchtet wird jedoch die Demokratie innerhalb der Partei durch den Beschluß des Berliner Zentralvorstandes, die Plattform von Ruth Fischer, die sie der Reichsparteikonferenz vorlegen wollte, nicht zu veröffentlichen. Die Demokratie in der Partei besteht also darin, daß die Gegner der russischen

Exekutive in Moskau nach allen Regeln der Kunst mundtot gemacht werden.

Die kommunistische Partei besitzt eine Reihe von Abgeordneten im Parlament. Diese Abgeordneten können die Demokratie so auffassen, daß sie ihren Wählern über ihre Tätigkeit Rechenschaft ablegen und ihre Parlamentsstätigkeit nach den Beschlüssen ihrer Wähler regeln dürften. Um diesem Verlangen vorzubeugen, hat die Zentrale der kommunistischen Partei folgenden Beschluß über die Kontrolle der Parlamentsabgeordneten gefaßt:

1. Das Zentralkomitee erinnert an die Bestimmungen der 21 Bedingungen über die Aufnahme in die Komintern, der Statuten der KPD und der KPD, bezüglich der strengsten organisatorischen und politischen Unterordnung der Parlamentsfraktion unter das ZK der Partei.

2. Diese Bestimmungen sind strenger als bisher in Anwendung zu bringen.

3. Die Reichstags- und Landtagsabgeordneten der Partei dürfen nur mit Genehmigung des Sekretariats der Partei in den Bezirken tätig sein.

Dieser Beschluß macht die kommunistischen Abgeordneten im Reichstag wie in den Landtagen zu Marionetten in der Hand der Führung der russischen Exekutive in Moskau. Die Zentrale der kommunistischen Partei hat versichert, daß sie keinen politischen Schritt unternehmen werde, ohne sich vorher mit der Exekutive und der Leitung der russischen kommunistischen Partei verständigt zu haben. Die Abgeordneten werden durch diesen Beschluß auf das strengste an die Befehle der Zentrale, d. h. also an die Befehle von Sinowjew und Bucharin gebunden.

Die kommunistischen Abgeordneten bringen im Parlament nicht die politische Willensrichtung der Wähler zum Ausdruck, sondern den Willen der beiden Diktatoren von Moskau. Wohl noch niemals haben zwei Männer einen zahlenmäßig so starken Einfluß in dem Parlament eines anderen Landes besessen, wie Sinowjew und Bucharin im Deutschen Reichstag und in den deutschen Landtagen.

Die angebliche Demokratie innerhalb der kommunistischen Partei ist nichts anderes als die schärfste persönliche Diktatur von Sinowjew, dem Vorsitzenden der Moskauer Exekutive der kommunistischen Internationale und von Bucharin, dem Vorsitzenden der russischen kommunistischen Partei. Der „neue Kurs“ der Kommunisten besteht in der vollständigen Unterwerfung unter die Willkür der Moskauer Diktatoren.

Die deutsche Abrüstungsnote.

Ein Bericht der Militär-Kontrollkommission.

Die sogenannte Vorkonferenz in Paris, d. h. die Vertreter der Entente, treten am Dienstag früh zur Prüfung der deutschen Abrüstungsnote zusammen. Dazu ist ein Bericht des Generals Walsh eingegangen, worin laut einer Havasmeldung aus London, stehen soll:

Mit der Ausführung der Abrüstungsbestimmungen sei begonnen worden. So sei z. B. in den Kruppwerken das Material zerstört, das zur Herstellung der „Dickten Bertha“ gedient habe. Andere Abänderungen seien noch lange nicht soweit fortgeschritten.

Am wichtigsten scheine den Alliierten Punkt 1 über die Vollmachten des Generals von Seeckt.

Es werde festgestellt, daß General v. Seeckt nicht nur Oberkommandierender sei, sondern auch die Ernennung der Offiziere des Generalstabes vornehme. Die Regelung dieser Frage sei für die deutsche Regierung besonders schwer, doch beantrage sie vom alliierten Standpunkt aus größere Bedeutung als alle anderen Punkte. Das Oberkommando und die Organisation des Generalstabes, sowie die Ernennung der Offiziere müsse künftig wieder dem Wehrminister unterstellt werden. Außerdem müßten die Bürooffiziere und technischen Offiziere des Generalstabes zu einer einzigen Kategorie vereint werden. Immerhin seien durch die Verhandlungen zwischen General Walsh und den zuständigen Stellen gewisse Fortschritte erzielt worden.

Kußerdem wisse man, daß General v. Seeckt gewisser Amtsbefugnisse nur durch ein besonderes Gesetz entkleidet werden könne. Die deutsche Note werde in Paris und London als befriedigend angesehen. Man sei deshalb der Ansicht, daß

die Nachprüfung der begonnenen Abrüstungsmaßnahmen erlauben werde, einen Anfang mit den Erleichterungen des Befehlungsregimes zu machen.

die Deutschland in Locarno versprochen wurden. Es sei allerdings nicht möglich, beim gegenwärtigen Stand der Dinge ein Datum für die Räumung Kölns anzugeben. Die Engländer könnten einerseits Köln nicht verlassen, bevor nicht gewisse französische Truppenabteilungen aus Wiesbaden abgerückt seien, andererseits seien Abänderungen in der Einrichtung der Kasernen in der zweiten und dritten Rheinlandzone notwendig, damit Platz geschaffen werde. Die Umwandlung in der zivilen und juristischen Verwaltung des besetzten Gebietes, die Deutschland zugesandt werden könnten, setzen eine vollständige Neuorganisation voraus. In diesem Zusammenhang gelte es zu entscheiden, welche Bereiche in die Kompetenz der Zivil- und der Kriegsgerichte fielen und ob gewisse gemeinsame Rechtsorgane wie Diebstahl-, Gewalttätigkeiten usw. von anderen Gerichten abgeurteilt werden sollten, als von denen, die bisher zuständig waren, wobei eine mögliche Heranziehung deutscher Behörden zu berücksichtigen sei. Weitere Änderungen des Befehlungsregimes bezögen sich auf die Aufhebung gewisser Verleumdungsschritte wie Bösen, Erlaubnischein usw. Man sehe also, heißt es zum Schluß der Havasnote, daß die Änderungen des Regimes alle recht kompliziert seien und daß man nicht wisse, welche Zeit die Ausführung in Anspruch nehmen werde. Deshalb sei es nicht möglich, ein Datum für die Umgruppierung der Truppen und die Räumung Kölns anzugeben, besonders wenn man berücksichtige, daß der englische Generalstab ursprünglich eine Kündigung von vier Monaten gefordert habe.

London, 26. Oktober. (W.B.) „Daily Express“ läßt sich aus Köln melden: Es besteht für dieses Jahr keine Aussicht auf Räumung des Kölner Brückenkopfes. Eine Entladung des Wiesbadener Gebietes, in das Befragung überfiedeln soll, werde wahrscheinlich diese Woche beginnen. Beabsichtigt ist, daß, wenn der Locarnopakt im Dezember unterzeichnet worden ist, die Räumung Mitte Januar beginnen zu lassen. Gleichzeitg werde eine große Verminderung in der Stärke des britischen Besatzungsheeres statt vorgenommen werden, da es bereits unter der im Versailler Vertrag festgelegten Stärke sich bewege.

Caillaux gegen Vermögensabgabe.

Paris, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Finanzminister Caillaux hat sich in einer am Sonntag in seinem Wahlbezirk gehaltenen Rede ganz entschieden gegen die von den Sozialisten und Radikalsocialen verlangte Vermögensabgabe ausgesprochen und sich auf diese Weise in einen offenen Gegensatz zu dem linksradikal gestellten. Während Painlevé in seiner am Sonntag gehaltenen Ansprache zwei Wege zur Lösung der schwebenden Finanzkrise als möglich bezeichnet und die Entscheidung dem Montag-Ministerrat vorbehalten hat, sprach sich Caillaux, ohne den Inhalt seiner Finanzpläne bekanntzugeben, nur für die eine der beiden Möglichkeiten aus. Er wies darauf hin, daß anlässlich des Verfalls der hohen Beträge von Schatzscheinen ihm die Möglichkeit geboten habe, zu einer zwangsweisen „Kosolidierung“ dieser Schatzscheine zu schreiten. Er habe jedoch diesen Weg, der eine Ablehnung der vom Staate übernommenen Verpflichtungen bedeutete hätte, ablehnen müssen. Ebenso müsse er auch die von den Sozialisten vorgesehene Vermögensabgabe ablehnen. Die Erfahrungen, die man damit im Ausland gemacht habe, hätten gezeigt, daß die Vermögensabgabe überall, wo man sie durchzuführen versucht habe, häufig gescheitert sei und überall Ruin und Verfall hinter sich gelassen habe. Auch habe er bemerkt, daß diese sozialistischen Gedankengänge merkwürdigerweise eine Unterstützung bei den Mächtigen der Finanz finden, und das müsse nach den Erfahrungen gegen die Kapitalabgabe steigern. Denn die Finanzmacht hege die Hoffnung, aus der durch die Kapitalabgabe hervorgerufenen Verwirrung in der ganzen Wirtschaft Kapital zu schlagen. Caillaux erklärte sich dann als Anhänger der demokratischen Finanzgesetzgebung, die neben einer progressiven Einkommensteuer und Zugsteuer auch eine strikte Oekonomie der Ausgaben einbegreife. Nur auf diese Weise werde man, so erklärte er, die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwinden können. Der Weg sei jedoch weit, Zeit, Ausdauer, Methode und Vertrauen der Regierenden sei die Formel.

Die grüne Lampe.

Von Knulp.

Heute habe ich zum ersten Male die grüne Lampe angezündet. Es ist eine Petroleumlampe mit blinkendem Rostfingerring und grünem Glaschirm. Ich neane sie immer nur „die grüne Lampe“. Wenn ich sie zum ersten Male angezündet habe, dann weiß ich: der Winter hat begonnen! Holz und Kohlen kommen in den Ofen, die Vorhänge werden vor die Fenster gezogen, die Bücher, die schon lange darauf warten, in die Hand genommen zu werden, zurechtgelegt und die Arbeit beginnt. Ich lese — ich ferne — ich schreibe — Praktisches — Nützliches — wie es gerade kommt — wie ich es gerade will. Die grüne Lampe wirft ihren gelblichen und warmen Schein über meine Hände. Sonst ist das Zimmer ganz in Dunkel getaucht. Nur mein Kopf ist in das Licht gerückt. Ganz in das Licht der grünen Lampe. Wie meine Hoffnung — sie steht im Licht! Der Winter ist der Sommer meiner Arbeit: da reisen und sollen die Früchte. Reg draußen der Schnee lautlos und endlos niedergehen und die Welt weiß und totenstarr aussehen — ich habe die Fenster geschlossen, die Vorhänge gezogen und die grüne Lampe angezündet. Während draußen so mancher zum Winterschlaf geht, bin ich zum Leben erwacht. Zum Arbeiten, Schaffen, Ringen, Kämpfen! Ich habe die Lampe der Hoffnung angezündet und bin wie auf einem einsamen Schiff, das durch die Nacht fährt; die grüne Lampe am Bug und vor sich Sturm und Unendlichkeit...

Strauß-Feier.

Die erste fand als Festvorstellung des Reichsverbandes Deutscher Presse statt. Die Städtische Oper hatte ihr Haus hergegeben, der zweite Akt der „Fledermaus“ war unter Leitung des Regisseurs Bruno Walters Leitung der künstlerischen Mittelpunkt. Die Stimmung des Hauses, in der sich wie üblich die Minister mit der Presse und der eleganten Welt ein Stellbühnen gaben, war eine gute. Sie wäre in einem kleineren Räume, und wenn man die „Fledermaus“ von ihrer Exposition an zu Gehör gebracht hätte, noch intimer gewesen. Jubel brach los, als Walter mit wirklich delikatem Empfinden, aus dem Geist des alten Wien heraus einen Wolzer als Einlage dirigierte, gleich als wenn Johann Strauß in Andacht gekiepert werden sollte, und als Lucie Kieselhausen als später Gast des Prinzen Orlovskis einen Wälder schwelgen ließ. Um die Aufführung bemühten sich besonders Elisabeth Schumann, Emmy Sturm, Frau Vetterdorf, sowie Tauber und Zador.

Die zweite Feier in der Staatsoper. Zum erstenmal „Zigeunerbaron“. Es darf gesagt werden, daß in solcher Reife und Lust in solcher technischer Vollendung ein Orchester niemals die Musik dieses genialen Stückes exekutiert hat. Verantwortlich für diesen Abend ist Erich Kleiber. Schon als er die Duvetüre begann, merkte man, daß er alle Mären des denkenden Musikers beiseite gelassen hatte. Das heißt nicht, daß er sich irgend-

wie verhalten hätte, sondern er dirigierte aus der Fülle eines lustvollen Musikantenherzens heraus, völlig heraus aus der Schönheit der Rhythmen und Melodien, selbst begeistert und dadurch begeisternd. Niemals noch sah ich Kleiber in solcher lebhaften Befassung, und es kam der Aufführung noch besonders zugute, daß er eben ein Wiener ist und die Tradition wie die Sinnlichkeit wienerischer Musik ermäßig in sich trägt. Im Gegensatz zu Bruno Waller fehlt ihm die Abkürzung des Alters, die aber der Mischung von österreichischen und ungarischen Melodien nur unzutrefflich gewesen wäre. Die Aufführung hatte etwas geradezu anregend und aufregend Frohes an sich. Das ist das Höchste und Schönste, was man zu ihrer Ehre sagen kann. Dieser „Zigeunerbaron“ wird alle Folge der Staatsoper in den Schatten stellen. Wenn es einer Rehabilitation des oftmals so intellektuell müßigernden Kleiber bedarf, so ist sie hier gegeben. Ein herrlicher Musikant!

Die Bühnenbilder von Aravantinos waren still und romantisch, das letzte Wiener Bild bezugnehmend in der Dönse eines Wien von 1850. Von den Darstellern seien in gleicher Anerkennung genannt Richard Tauber als außerordentlich bewoaglich und eindringlich spielender Emigraut, Leo Schützendorf in der vielbewährten familiären Rolle des Schweinezüchters, Violetta de Strozzi in der sinnlich-betonen Wiedergabe ihrer Zigeunerlieder, Margarete Arndt-Ober als scharf charakterisierende Zigeunerin. Als das Finale des zweiten Aktes in seiner lieb- und märchenmäßigen Meisterkontrapunkt aufkautzte, da war das erreicht, was nicht alltäglich ist: Berlin schien mit dem Herzen von einigen tausend Menschen dem Wiener Herzen von Johann Strauß zuzujubeln.

Andersen-Matinee im Schauspielhaus. Es war eine Morgenfeier, die dem Märchendichter Andersen gerecht wurde. Ein wundervoll zusammengesehtes Programm, das nur einmal von Gertrud Bindernagel eigenmächtig durchbrochen wurde, indem sie eine Arie aus „Fidelio“ einfügte. Der Zauber der Andersen'schen Märchenstimmung wird so in einer Weise unterbrochen, die taktlos gegenüber Andersen und Beethoven zugleich war. Ihre schöne Stimme konnte mit dieser Eigenmächtigkeit nicht verfohren. Die einseitige Ansprache hielt Herbert Eulenberg, der mit seinem Nachfühlen ein Märchen vom kleinen Andersen und einem Storch erzählte. Dessen, die Heimatstadt des Dichters, und die verträumte Jugend des mißgeschickten Knaben wurden lebendig. „Den einen nichts, den anderen viel, ein Märchenzähler, nur ein Dichter“ — das war die Strophe, die er als letzte Worte durch seinen Storch dem zum Jüngling gewordenen Knaben sagen ließ. Dann sagte ein Kind ein paar Verse auf, die ein Dank dem Märchendichter und ein Dank seinem Volke waren, das sich der hungernden deutschen Kinder in ihrer schwersten Zeit angenommen. Wundervoll, wie dann Margarete Schön die Prinzessin auf der Erbe“ und das trotz aller Weichheit bitterböse Märchen vom „Wassertropfen“ las. Auch die Wiedergabe des „Standfesten Jimmoldaten“ durch Lucie Mannheim und der „Nachigall“ durch Arthur Kraußner war ganz mit Andersen'schem Geist erfüllt. Gertrud Bindernagel sang vier kleine Andersen-Lieder nach Musik von R. Schumann und Grieg. Die Morgenfeier war so alles in allem eine wirkliche Feierstunde, die nachdenklich und erfreut zugleich macht und groß und klein in ihren Bann zog.

Die Pöffe „Stall Leog mit Ppsilon“ von Anton Herrfeld, deren Erstaufführung am Sonnabend im Herrfeld-Theater (früheren Intimen Theater) stattfand, ist eine der üblichen Herrfeldbiaden. Der hervorragend geschäftstüchtige Herr Trakt hat einen Rennstall gekauft, versteht aber nichts von Pferden. Da er die Sache, die ihm heillos über den Kopf wächst, vor seiner Frau verbergen will und bei diesen Veruchen die ungeschicktesten Ausreden macht, gerät er in den Verdacht, verrückt geworden zu sein. An seiner Stelle kommt aber infolge einer Personenverwechslung sein Freund ins Irrenhaus. Das dadurch entstehende unentwerrbare Durcheinander gibt den Anlaß zu einigen lustigen Szenen. — Die Theaterdirektion hatte außer der Theatertruppe auch die Sportredaktion geladen. Richtiger wäre gewesen, den Referenten für Antiquitäten zur Vorstellung zu bitten. Der hätte sich gefreut, ein Kunstprodukt in etwas veränderter Form wiederzufinden, das schon vor vielen Jahren verschollen schien. Die eigentliche Pöffenbebe, die Internierung eines ahnungslosen Gesunden im Irrenhaus, hat nämlich das alte Herrfeld-Theater schon vor langer Zeit aufs Tapet gebracht. Der Theaterleiter seinerseits kann nichts weiter tun, als die Feststellung machen, daß sich das Publikum aufs beste amüsiert, auch wenn die Witze noch so ausdauernd dreistrotzen werden, und daß Herr Anton Herrfeld regelmäßig die größten Lacherfolg erzielt, wenn er seine Rolle in einem abenteuerlichen Dialekt herausstottert. Das Wort „Rennstallbesitzer“ spricht er Rennstallbesitzer“ aus und sagt ganz verwundert, wenn ihn einer nicht versteht: „Ich sprich dich ganz deutlich.“ Dgr.

Essener Medizinische Woche. Die von der Rotgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft auf Anregung der Gewerkschaften veranstaltete Essener Woche, die es sich zum Ziele setzt, die medizinische Wissenschaft und das wertvolle Volk einander näher zu bringen und der Arbeiterschaft einen Ueberblick über den gegenwärtigen Stand der medizinischen Forschung zu geben, ist am Sonntag eröffnet worden. Im großen Saal der Kaupenhöhe hatte sich zum ersten Vortrag eine große Teilnehmerzahl, besonders aus Gewerkschaftskreisen, eingefunden. Oberbürgermeister Braadt begrüßte die Veranstaltung namens der Stadt. Er gab zunächst sein Bedauern über das durch die politische Lage veranlaßte Fernbleiben des Reichsanwalters Dr. Luther Ausdruck und richtete dann Worte der Begrüßung an den Präsidenten der Rotgemeinschaft, Staatsminister a. D. Dr. Schmidt-Dil, an den Regierungspräsidenten Bergemann (Düsseldorf), an die Sekretäre der Gewerkschaften und an den Redner des Tages, Geheimrat Bier (Berlin). Dr. Schmidt-Dil, der alsdann das Wort nahm, sprach kurz über die Ziele der Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, nämlich: planmäßige Arbeit am Wiederaufbau und an der Befundung des deutschen Volkes, besonders der arbeitenden Schichten. Danach referierte Geheimrat Bier über: Die Bedeutung der Selbstübungen für die Verhütung der Tuberkulose.

Volksbühne. Am Donnerstag, den 26. abends 8 Uhr, lief Max Gailbe auf Einladung der Volksbühne im Ritteraal der Oper am Königsplatz aus seinen Berlin aus.

Wie man wissen mag, wird am 26. 7 Uhr abends, in der Utaia, Taubenstraße 45/46, Herr Dr. Aug. Sed anlässlich seines Vortrages über „Die abessinische Tierfangexpedition“ des Berliner Zoologischen Gartens sprechen.

Sonntag abend verstarb an den Folgen einer Unterleibsoperation in der Privatklinik von Prof. Straßmann in Berlin unsere Genossin Elise Bartels, Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Süd-Hannover-Braunschweig. Im Jahre 1880 in Hildesheim geboren, lernte sie schon in jungen Jahren als Fabrikarbeiterin das Elend des Proletariats kennen. Frühzeitig sozialistischen Ideen zugänglich, war die Verstorbene seit 1908 in der Partei besonders tätig. Auch die Jugendbewegung und die Gewerkschaftsbewegung fanden in ihr eine tatkräftige Förderin. Im Jahre 1919 wurde sie in ihrer Heimatstadt als Bürgerversteherin (Stadtverordnete) gewählt. Ihre große, sympathische Erscheinung erregte allgemeine Aufmerksamkeit; ihr lebenswürdiger Umgang mit allen ihr nahestehenden Personen verhalf ihr weit über die Kreise unserer Partei hinaus Freunde und Anhänger. Eine gute Agitationsgabe und eine starke Ueberzeugungstreue machten sie zu einer Kämpferin für die Frauen und die Parteibewegung überhaupt. Besonders der Bezirk Hannover verlor durch ihr Ableben eine der tüchtigsten Agitatoren.

Nach dem Tode des Genossen Niede in Braunschweig wurde die Genossin Bartels im August 1922 als Nachfolgerin in den Reichstag berufen.

Die Partei wird ihrer stets ehrend gedenken! Als ihr Nachfolger tritt der Genosse Otto Grote wohl, früher Kultusminister in Braunschweig, in den Reichstag ein.

Gegen die großkapitalistische Finanzpolitik. Forderungen des Allg. Deutschen Beamtenbundes.

Die Vertreterkonferenz der Landes- und Provinzverbände des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, die am 24. und 25. Oktober tagte, stellt nach eingehender Aussprache über die wirtschaftliche und besoldungspolitische Lage folgendes fest:

I. In weitesten Kreisen der Beamtenschaft, auch soweit sie nicht dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund angehört, hat sich auf Grund der jüngsten wirtschafts-, steuer- und lohnpolitischen Vorgänge die Erkenntnis durchgesetzt, daß der auf der Arbeitnehmerschaft lastende unerträgliche Druck eine Folge der Machtstellung ist, die sich das Industrie- und Finanzkapital in Politik und Wirtschaft trotz Republik und Demokratie zu verschaffen gewußt hat. Auch die Haltung, die die Reichsregierung — geführt vom Reichsfinanzminister, getragen von den Mehrheitsparteien des Reichstages, unterstützt von der kapitalisierten Reichsbahngesellschaft sowie maßgebenden Selbstverwaltungskörperschaften — einnimmt, ist ein unmittelbarer Ausdruck des Einflusses dieser kapitalistischen Mächte. Ferner ist erwiesenermaßen der wirtschaftliche Niedergang der Beamten und der Arbeiter in öffentlichen Betrieben aufs stärkste gefördert worden durch die von der Reichsregierung — leider mit Zustimmung des Deutschen Beamtenbundes — durchgeführte Trennung der Besoldungspolitik von der Lohnpolitik.

Angeichts dieser Tatsachen ist die Konferenz der Ueberzeugung, daß das nicht mehr zu überwindende wirtschaftliche Elend der öffentlichen Arbeitnehmer, insbesondere der Beamten in den gering besoldeten Gruppen, nur unter der Voraussetzung behoben werden kann, daß die durch die Gemeinsamkeit der Interessen gebotene Einheitsfront der öffentlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten wieder hergestellt wird.

II. Die durch die systematische Niedrighaltung der Gehälter und Löhne für die Arbeitnehmer geschaffene Lage ist aufs äußerste verschärft worden durch die Politik, die Reichsregierung und Reichstagsmehrheit in Steuer-, Zoll- und Wirtschaftsfragen betrieben haben. Ohne sachlichen Zwang, vielmehr lediglich in einseitiger Berücksichtigung der kapitalistischen Wirtschaftsinteressen, sind die Hauptlasten der aus dem Londoner Abkommen sich ergebenden Reparationsverpflichtungen auf die Schultern der ohnedies durch Kriegs- und Inflationsfolgen aufs schwerste betroffenen wirtschaftlich und sozial schwachen Schichten des deutschen Volkes — auf die Arbeiter, Angestellten und Beamten — gelegt worden. Vom Deutschen Reichstag, dessen Mehrheit für diese Politik verantwortlich ist, verlangt die Beamtenschaft deshalb, daß er mit der vom Reichsfinanzminister betriebenen Besoldungs- und Lohnpolitik endlich Schluss macht. Im vergangenen Jahre wurden die berechtigten Wünsche der Beamtenschaft mit dem Hinweis auf die schlechte Finanzlage des Reiches abgelehnt; gleichwohl brachte dieses Etatsjahr einen Ueberschuß von mehr als 2 Milliarden. Auch jetzt wieder begründet der Reichsfinanzminister die Verweigerung jeder Angleichung der Gehälter an die gestiegene Teuerung mit dem Hinweis auf die angeblich schlechte Finanzlage des Reiches, obwohl die Steuereingänge trotz des Defizits bei den Besitzsteuern schon wieder einen Ueberschuß von mehreren hundert Millionen aufweisen. Nach Ansicht der Konferenz steht der Reichstag jetzt vor der Frage, ob wiederum diese Ueberschüsse auf indirektem Wege als Entschädigungen, Kredite usw. für die „Wirtschaft“ verschwinden sollen, oder ob diese auf Grund der Steuerleistungen der breiten Masse verfügbaren Mittel den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Reiches, der Länder und der Gemeinden als einen erheblichen Teil der die Wirtschaft tragenden Kreise durch eine angemessene Erhöhung ihres Lohnniveaus zugeführt werden sollen.

Die Konferenz fordert deshalb vom Reichstag, daß er die vom Reichsfinanzminister verweigerte Anpassung der Beamtengehälter an die Teuerung durch eine ausreichende Erhöhung der Beamteneinkünfte sofort nach seinem Zusammentritt von sich aus beschließt.

Völkische Revolventen.

Schwere Ausschreitungen in Köln.

Köln, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Samstag abend kam es in Köln nach einer von den Deutschvölkischen einberufenen Versammlung zu schweren Zusammenstößen zwischen Völkischen, Reichsbannerleuten und Roten Frontkämpfern. Die aus allen Teilen des Rheinlandes nach Köln zusammengezogenen völkischen Trupps versuchten nach ihrer Versammlung einen Demonstrationenzug zu formieren, woran sie durch Schutzpolizeibeamte gehindert wurden. Die völkischen Jugendliche versuchten sich gegen die Schutzpolizeibeamten zur Wehr zu setzen und beschäftigten dabei auch Reichsbannerleute und Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes, die der Versammlung beimohnen wollten, aber keinen Einlaß fanden, weil die Völkischen unter sich sein wollten. Es entstanden schwere Schlägereien, in deren Verlauf eine große Anzahl Völkischer verhaftet wurde. Bei ihnen wurden Revolventer, Schlagringe und Gummimäppel vorgefunden.

Der Dolchstoß vor Gericht. In dem Artikel des Genossen Dittmann über die Dolchstoßfrage in der letzten Nummer unseres Blattes ist durch ein Versehen eine Unklarheit entstanden. Auch diejenigen Stellen des Ober-Bittens, die dort nur gesperrt gesetzt sind, hätten — wie aufmerksame Leser bereits bemerkt haben werden — nach der dem Bittens folgenden Erläuterung in fetter Schrift gesetzt werden müssen.

Nach der Wahlschlacht.

Die Paukenschläge der Propaganda ruhen. Die heroischen Gesänge der Schwarzweißer sind verdrängt und die Reste des unverfälschten Nationalgeistes, als da sind: Hymnen, Scherben und Pflastersteine, gelten heute schon nicht mehr als interessant. Am frühen Morgen waren die Männer des großen Aufräumens mit Säden in Tätigkeit, um den Abfall von dem größten Papiermüll zu säubern. Es ist eine Kampfsache — vor neuen schweren Kämpfen. Die große Müllmaschine beginnt wieder in Aktion zu treten. Noch ist die Wahlsituation nicht völlig geklärt und die Frage der stabilen Majorität nicht reif zur Diskussion. Fest steht nur eins: nämlich, daß der Bürgerblock auseinandergeprengt ist. Und über das müssen wir uns klar werden: Mit verdoppelter, mit verdreifachter Mührigkeit gilt es zu arbeiten für die Sache des Volkes, die die Sache der weitaus stärksten Partei, der Sozialdemokratie, ist. Ueber die Trümmer der nationalstolischen Quertreiberfraktion hinweg muß die Sozialdemokratie zu weiteren Siegen schreiten.

Wahlwert mit der Krone.

In zwei Wahllokalen des Wahlbezirks Treptow-Köpenick, und zwar in der Gräberstraße Ede Boucheffstr. und in der Kiehlholzstraße Ede Boucheffstraße trugen bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl, wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, die Wahlwert mit den alten preussischen Adlern mit der Krone. Als unser Gewährsmann den Vorsteher darauf aufmerksam machte, bestätigte dieser die Feststellung und bemerkte dazu noch, daß es keine alten Umschläge wären.

Gegen die Diktatur der Unmündigen.

Wie wir bereits im Morgenblatt mitteilten, haben sich am Wahlsamstag auf dem Kurfürstendam unerhörte Ständchen abgespielt. Die wildgewordenen Sprößlinge schwarzweißer Eltern, die hier unter barbarischem Geschrei, Schändensklambim, Holzläuten und Leshings ihrer „Jugendlust“ frönten, beginnen, so grotesk es klingt, Berlin zum Gespött der Welt zu machen. Diese entseßte Wildwestromantik der Rinderjährigen spezialisierte sich zu einem Schauspiel aus, das einfach einer Weltstadt unwürdig ist. Es scheint wirklich unerlässlich, daß die Polizei die wüste nationalstolische Propaganda des Wahltages auf ein erträgliches Maß einschränkt. Wenn die Nationalisten ihre Rinderjährigen auf das Publikum loslassen, so haben die Behörden die Pflicht, die verorrten Jüngelchen zur Reife zu bringen. Sonst müßten die Erwachsenen zur Selbsthilfe greifen. Charakteristisch dafür, wer die Urheber der widerlichen Kravalle waren, die sich ja vornehmlich im Westen abspielten, ist der von uns in der Morgenausgabe wiedergegebene Polizeibericht, der von 216 verhafteten Rechtsparteilern und 109 sitzerten Mitgliedern der Linksparteien (lies: Kommunisten) spricht.

Zu dem Wahlwertfall in Nikolasseer, den wir in der Montagausgabe schilderten, teilt uns der Handlungsgehilfe Herr Kempf mit, daß er und nicht, wie berichtet, sein Vater, der Betriebsleiter der Charlottenburger Wasserwerke, Beisitzer im Wahlbureau gewesen ist. Herr Kempf hat den stellvertretenden Wahlvorsteher bei der Verweigerung unseres Genossen nicht assistiert, und er legt auch Wert auf die Mitteilung, daß er nicht Angehöriger der Schwarzweißerpartei ist.

Unter falschem Verdacht.

Ein früherer Einbruch der Tempelhofer Kassenräuber.

Erst vor Gericht gelang es, die richtigen Schuldigen eines im letzten Sommer verübten Kasseneinbruchs aufzudecken, und es ergab sich, daß auch dieses Verbrechen auf das Konto der Tempelhofer Kassenräuber zu verbuchen ist, die den großen Einbruch in die Stadtkasse in Tempelhof verübt haben.

Vor dem Schöffengericht Mitte war der Arbeiter Mikulla und wegen Beihilfe der Arbeiter Koch des Geldschrankseinbruchs angeklagt, wobei sie 5000 Mark erbeutet haben sollten. Eine überraschende Wendung brachten aber die neuesten Ermittlungen der Polizei. Es konnte festgestellt werden, daß die Täter nicht die Angeklagten, sondern die Tempelhofer Stadtkassenräuber waren. Auf die dem Gericht gemachten Eröffnungen ließ Amtsgerichtsrat Dr. Neumann den an dem Tempelhofer Kasseneinbruch mittelbeteiligten Schulze aus der Untersuchungshaft vorführen. Dieser gab auch unumwunden zu, daß der unter Anklage stehende Kasseneinbruch von ihm, Pawlat, Fechner und einem vierten Mitverschworenen, die sämtlich auch in die Tempelhofer Affäre mitverwickelt sind, ausgeführt worden sei. Die jetzigen Angeklagten erklärten, Schulze gar nicht zu kennen. Er gab auch eine eingehende Schilderung, wie die Tat vorbereitet worden sei. Angesichts dieser Sachlage kam das Schöffengericht zu einer Freisprechung der beiden jetzigen Angeklagten. Gegen die Tempelhofer Räuber wird die Staatsanwaltschaft nunmehr eine neue Anklage erheben. Die Verteidiger brachten bei dem Gericht einen Antrag ein, Mikulla für die ungeschuldigte erlittene dreimonatige Untersuchungshaft eine Entschädigung auszusprechen. Ueber diesen Beschluß wird das Gericht später zu entscheiden haben.

Zum Raubüberfall in der Bayreuther Straße.

Wie seinerzeit berichtet wurde, verübte in der Nacht zum 21. d. M. ein junger Mann einen Raubüberfall auf die Jose der Schauspielers Wöcklin in deren Wohnung in der Bayreuther Str. 21, wobei er ihr 1500 Mark raubte, mit denen er entkam. Die eingeleiteten Nachforschungen ergaben, daß als Täter nur ein gewisser Hugo Barisch in Frage kommen konnte. Wenn man auch noch nicht Hugo Barisch sah, so stieß man doch auf einen Mann namens Böcker, der sich nach „Hugo“ erkundigte. Man nahm ihn fest und Böcker stellte für die fragliche Nacht ein Alibi auf, dessen Nachprüfung für ihn so ungünstig ausfiel, daß er zu einem Geständnis gezwungen wurde. Wie er sagt, traf er sich am Montag abend mit seinem Freunde, der ihn in sein Vorhaben einweihte. Sie begaben sich zusammen nach der Bayreuther Straße. Böcker „stand Schmiere“, und sein Komplize führte den Raub aus. In den frühen Morgenstunden trennte er sich dann von seinem Freunde und sah ihn bisher nicht wieder.

Verkauf von Alkohol an Jugendliche.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß in Gastwirtschaften an jugendliche Personen unter 16 Jahren Trinktbranntwein und Zigaretten zum sofortigen Genuß abgegeben werden, so daß oft solche junge Burschen auf der Straße betrunken herumlaufen. Die Beamten der Jugendfürsorge sowie die Polizei sind jetzt angewiesen worden, unnachlässig diejenigen Gastwirte, die die Verordnung, betreffend den Verkauf von Trinktbranntwein und Zigaretten an jugendliche Personen übertreten, zur Anzeige zu bringen, damit deren Bestrafung oder gar Konzessionsentziehung erfolgen kann.

Neue Fernsprechkämter im Berliner Osten.

Bekanntlich schließt sich die Reichspost der Bildung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin nur sehr zögernd an. In den weiter abgelegenen Vororten herrschen zum Teil noch postalische Zustände, die auf alles andere, als auf Zugehörigkeit zu Groß-Berlin schließen lassen. Am meisten haben darunter wohl der Berliner Osten und eine Reihe von Gemeinden im 16. Verwaltungsbezirk Köpenick zu leiden. So sind Schmöckwitz, Wilhelmshagen und Hellenwinkel immer noch nicht an das Groß-Berliner Fernsprechnetz angeschlossen. Diese Orte werden noch von Eichwalde und Erkner bedient. Der Magistrat Berlin und das Köpenicker Bezirksamt bemühen sich seit langem, hier einen Wandel durchzuführen. Jetzt ist es in Verhandlungen mit dem Reichspostministerium gelungen, die grundsätzliche Zustimmung der

Reichspostverwaltung zur Anlage zweier neuer automatischer Fernsprechkämter in Schmöckwitz und in Rahnsdorf zu erhalten. Diese neuen Fernsprechkämter sollen in den Jahren 1926 und 1927 errichtet und in Betrieb genommen werden. Allerdings besteht die Postverwaltung darauf, daß die Stadt Berlin zur Anlage dieser Kämter einen beträchtlichen Zuschuß leistet, über dessen Höhe noch verhandelt wird. Die neue Stadtverordnetenversammlung wird bald Gelegenheit haben, sich mit dieser Frage zu beschäftigen und im Interesse der in Frage kommenden östlichen Vorortgemeinden die nötigen Beschlüsse zu fassen.

Der Raubüberfall in Steglitz.

Der Raubüberfall, der am Sonnabend mittig in der Küsterei der Matthäuskirche in der Rotenburgstraße zu Steglitz auf die Kirchenerin Elisabeth Berner verübt wurde, ist nach den weiteren Feststellungen der Steglitzer Kriminalpolizei planmäßig vorbereitet gewesen. Mitgewirkt hat mit dem Räuber eine noch unbekannt Frau. Nach Belingen des Raubes wurde der Täter draußen von dieser weiblichen Person empfangen, die sein Fahrrad gehalten hatte. Sie selbst hatte auch ein Rad. Beide fuhrten nun über einen Friedhofsweg und an dessen Ausgang ohne abzustiegen über den Bürgersteig auf den Fahrdamm der Schloßstraße. Dieser ungewöhnliche Vorgang muß von vielen Leuten beobachtet worden sein. Mitteilungen hierzu an das Raubbezernat im Berliner Polizeipräsidium.

Gedeckte Tische und Handarbeiten.

Auch die Hausfrau, die nur über knappe Mittel verfügt, wird von der Ausstellung „Gedeckte Tische“, die das Leinen- und Wäschegeschäft F. B. Grünfeld in der Leipziger Straße in diesen Tagen veranstaltet, manche Anregung für den festlichen Tisch im eigenen Heim mitnehmen. Wie köstlich ist z. B. der unendlich gemütlche „Großmutter's Geburtstagsstisch“. Reizvoll zeigt sich auch der Tisch „Konfetti“, originell in seinem wohlfeilen Schmuck: Papierfahnen und Konfettischneidel, überkrönt von einigen Beerenzweigen in einer bizarren Vase. Daneben gibt es dann andere Tische mit strahlendem Kristall und kostbaren Blüten, an denen sich auch das Auge dessen erfreut, der sie nicht in sein Heim verpflanzen kann. Aber gerade ein Vergleich der einzelnen Tische untereinander beweist, daß nicht die Kostbarkeit (ein „Sagdiisch“ mit reichem Pflanzenschmuck und ausgestopfter Gule erinnert sogar wohl unliebsam an eine längst überwundene Geschmacksrichtung), sondern die Art der Anordnung die Schönheit des gedeckten Tisches ausmacht.

Eine Ausstellung Handarbeiten, die sich ebenfalls an die Hausfrauen wendet, gibt es im Kaufhaus des Westens. Ein lustiges, künstlerisch geschmücktes Schaufenster lädt zur Besichtigung ein. Bei der Aufforderung Folge leistet und die Handarbeitsabteilung betritt, steht überrascht in einer Fülle der Dinge und einem Durcheinander der Farben, aus dem er sich erst langsam zurechtfindet. Eine übermütige Stimmung geht von dem Ganzen aus, noch ehe man sich den Einzelheiten zuwendet. Das Gesamtbild wird von zahlreichen, mit bunter Wolle umkleideten Pfeilern beherrscht, die wie parodistische Nachahmungen von Troppfeneinhöhlen wirken. Um sie herum gruppiert sich der Aufbau von fertigen Handarbeiten und Handarbeitsvorlagen, häuft sich das Material zu den verschiedensten Techniken. Lebenswürdige Verkäuferinnen demonstrieren gleichzeitig die richtige Ausführung der betreffenden Arbeit. Bei dem Anblick, des Schauens müde, sich wieder heimzuwenden, verläßt nicht, noch einen letzten Blick auf die gelungenen, lebensgroßen Wollplastiken zu werfen, die eine Dame in Weiß im Kennertischchen und eine Bäuerin inmitten von mit Wollobst gefüllten Körben darstellen.

Ein aufregender Vorfall spielte sich in der vergangenen Nacht auf dem Grundstück Ackerstraße 8 ab. Hier wohnt im ersten Stock an einem gemeinsamen Flur eine 41 Jahre alte Frau Josephine Patzsch, deren Mann im Krankenhaus liegt. In der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr trat ein unbekannter Mann die Tür ein und kam mit gezogenem Revolver in ihre Stube. In ihrer Angst sprang die Frau aus dem Fenster und blieb mit einem Wirbelsäulenbruch und anderen schweren Verletzungen hilflos liegen. Der Eindringling ergriff die Flucht und entkam. Kriminalbeamte des 17. Reviers brachten die Schwerverletzte nach dem Krankenhaus und nahmen sofort die Ermittlungen auf, die bisher noch erfolglos waren.

Einen interessanten Einblick in die Damenschuhfabrikation gestattet eine Besichtigung der Veiser-Schuhfabrik in der Großen Frankfurter Straße. Es gab dann auch hier für den Laien recht erstaunliche Dinge in Bezug auf die Vielfältigkeit und Organisation des Betriebes zu sehen. Durch die Inbetriebnahme von amerikanischen Maschinen verließen monatlich bis zu 15000 Paar Schuhe die Fabrik. Aber auch in der Schuhfabrikation erweist sich in manchen Uebergangsstadien noch die Handarbeit unerlässlich, und so muß wiederholt die Hand des geschickten Schuhmachers eingreifen. Wenn man erfährt, daß circa 2 Millionen Käufer jährlich ihren Bedarf bei Veiser eindecken, so geht aus dieser Zahl allein die gewaltige Ausdehnung des Betriebes hervor.

Schwerer Betriebsunfall. Die bei der Firma Karl Hartmann, Große Frankfurter Str. 44, beschäftigte 18 Jahre alte Arbeiterin Elise Hertel aus der Palsadenstr. 41 kam mit der rechten Hand in die von ihr zu bedienende Stanzmaschine. Der Bedauernswerten wurden sämtliche Finger total abgequetscht. Ein Wagen des Städtischen Rettungsdienstes sorgte für die Ueberführung der Verletzten in das Krankenhaus am Friedrichshain. Es muß sofort festgestellt werden, ob die Maschine eine Schutzvorrichtung gehabt hat.

Kinderwoche bei A. Wertheim. Die Firma A. Wertheim veranfaßte in ihren Geschäftshäusern Leipziger Straße, Rosenhaler Straße, Moritzplatz und Königsstraße eine große Kinderwoche. Vom Gut bis zum Schuß, alles was die kleinen und größeren Kinder brauchen können, ist reichhaltiger Auswahl und zu billigen Preisen vorhanden. Auch Schreibhefte und Schulmappen und was sonst noch für die Schule benötigt wird, ist nicht vergessen worden.

Der Erfolg des Hellebropfens. Der in dem Vernburger Hellebropf freigelebene Lehrer Drost wurde vom Berliner Imprelario für eine internationale Vortrags-tournee verpflichtet. Der erste Vortrag soll demnächst in Berlin unter Hinzuziehung der Behörden, der Presse und Gelehrtenwelt stattfinden.

Typographie. Aus ganz besonderen Umständen toeben alle Sängergesellen, am Dienstag, p 11 Uhr, in der Uebungsstunde zu erscheinen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 74. Wdt. Juchendorf. Die für Dmetee, den 27. Oktober angeordnete Funktionärversammlung fällt aus und findet am Freitag, den 26. Oktober, abends 8 Uhr bei Widler statt.
75. Wdt. Steglitz. Die Karten für den Archus über Schul- und Erziehungsfragen, abgehalten durch Gen. Reuziger, sind dem Gen. Reichert, Substr. 25a in Empfang zu nehmen. Diese Arbeitsgemeinschaft findet statt in der 1. Gemeindefabrik, Ringstraße, ebenfalls am Freitag, den 26. Oktober abds. 7 1/2 Uhr.
76. Wdt. Köpenick. Heute leitet Genosse Wilhelm Kurz seinen 74. Geburtstag. Schon als Leiter der Freien Presse wirkte er für die Partei im alten Berlin und noch heute als 74-jähriger trägt er im Wind und Wetter, in Sturm und Regen, den „Rompört“ den Berlin an. Die Wahlvorsteher Parteigenossen bringen ihm die herzlichsten Glückwünsche entgegen.

Frauenveranstaltung.

72. Wdt. Heute Montag abends 7 1/2 Uhr bei Köhler, Bernmannstr. 69, Referat der Gen. Minna Zehnhagen über: „Kulturleben im Sozialismus“. Alle Genossinnen müssen erscheinen.

